

33 China weiterhin größter Stahlproduzent

Mit einem Outputvolumen von 114 Mio.t im Jahre 1998 bleibt China nach Angaben der United Nations Economic Commission for Europe weiterhin weltweit größter Stahlproduzent. Während die weltweite Erzeugung von Rohstahl um 2,5% zurückging, wies China bei Rohstahl noch eine Zunahme von 5,7% auf. (XNA, 13.1.99)

Chinesische Quellen geben bei einer Stahlerzeugung von 114,35 Mio.t eine Wachstumsrate von 6,9% an. Die Produktion von Roheisen betrug danach 118 Mio.t (+6,7%) und von Walzstahl 105 Mio.t (+9,8%). (XNA, 19.1.99)

Die Metallurgiebehörde (State Metallurgical Industry Bureau) kündigte im Januar 1999 an, daß der Stahloutput zurückgeführt werden soll, um Überproduktion zu vermeiden. Hierdurch sollen die Gewinnsituation der Stahlproduzenten und die Bedingungen für technologischen Fortschritt verbessert werden. Während der Output seit 1993 kontinuierlich stieg, gingen die Gewinne der Unternehmen von 29,4 Mrd. Yuan im Jahre 1993 auf 2,3 Mrd. Yuan im Jahre 1998 enorm zurück. (XNA, 19.1.99)

Um die Produktionskapazitäten im Stahlsektor nicht weiter auszudehnen, will die Metallurgiebehörde 1999 und 2000 keine neuen Eisen- und Stahlwerke bzw. Kredite für den Bau solcher Werke genehmigen. Gleichzeitig sollen ineffizient arbeitende Fabriken sowie Unternehmen mit minderwertigen Stahlqualitäten geschlossen werden. Daß die Produktqualität noch unzureichend ist, zeigt der jährlich weiterhin notwendige Import von rd. 3 Mio.t hochwertigem Stahl. (AWSJ, 13.1.99; NfA, 15.1.99) -schü-

werden oder ob es nicht doch jene Identität als unabhängiges internationales Zentrum beibehalten solle, die der einstigen Kronkolonie ja in der Tat eine spezifische Note verliehen hat und die Hongkong nicht einfach wie irgendeine andere chinesische Großstadt erscheinen läßt.

Vor allem die Mitglieder der Hongkonger Geschäftswelt plädieren für die zweite Option. Hongkong müsse, dies sei überaus einfach, eine „world city“ bleiben, die sich wirtschaftlich vor allem auf die Gegebenheiten der Weltwirtschaft, innenpolitisch aber darauf konzentriert, daß die Stadt der übrigen Volksrepublik „immer einen Schritt voraus“ sei und daß vor allem die Lebensqualität auf Weltniveau bleibe.

Sobald Hongkong einen solchen Sonderkurs einschlägt, gerate es allerdings in Gefahr, zu einer Herausforderung für die VR China zu werden, deren konservative Politiker bestimmt versuchen würden, Hongkong wieder auf den Boden zurückzuholen.

Anzusteuern sei also ein Mittelweg zwischen allzu viel Eigenständigkeit einerseits und allzu viel Abhängigkeit von der VRCh andererseits.

Auch sonst gibt es noch zahlreiche offene Fragen, so z.B., wie weit der Wahlprozeß ausgedehnt werden soll – ob künftig also beispielsweise der Gouverneur von Hongkong (im „Grundgesetz“ „Vollzugsbevollmächtigter“, *xincheng zhangguan* genannt), weiterhin ernannt oder künftig von der Bevölkerung direkt gewählt werden soll; ferner die Frage der Aufteilung zwischen Legislative und Exekutive.

Zu all diesen Problemen hat die *South China Morning Post* am 25.1.99 eine einwöchige Diskussionsreihe veröffentlicht (SCMP, 25.1.99 ff).

Vier Fragen wurden dabei vor allem beleuchtet: Erziehung, Umwelt, Beschäftigung und Geschäftsklima.

Bei der Erziehung geht es vor allem darum, ob Hongkongs Jugend mehr in Richtung Internationalität oder mehr in Richtung China erzogen werden soll. Damit steht letztlich nicht nur der Inhalt des Lehrplans (und der Anteil der „Politik“), sondern auch das Niveau der Englischkenntnisse zur Diskussion, aber auch das Verhältnis zwischen Mandarin und Kantonesisch.

Mehrheitlich waren die Kontributoren der Meinung, daß Hongkongs Erziehungsprozeß eher globalistischen Tendenzen folgen solle.

Ein weiteres Thema ist die Umweltverschmutzung, die z.T. zwar auch von der Hafenstadt selbst, zum größten Teil aber vom Festland verursacht wird, so daß die Bewohner Hongkongs befürchten müssen, daß der „Duftende Hafen“ in vielleicht schon 15 Jahren nicht mehr „lebenswert“ sei. Der Generalbevollmächtigte Tung Chee Hwa verhalte sich den Behörden in Guangdong gegenüber leider allzu passiv; er müsse dazu gedrängt werden, in Zukunft etwas „aggressiver“ auf die Behörden im benachbarten Guangdong zuzugehen und darauf zu pochen, daß die Provinz die – de iure ja längst erlassenen – Umweltbestimmungen Beijings sorgfältiger einhalte.

Ein drittes Thema ist die Schaffung neuer Arbeitsplätze, die aber nur dann möglich sei, wenn die Arbeitskosten in Grenzen blieben. Leider wirkten vor allem die hohen Mieten in der Stadt preistreibend und wirkten sich de facto wie zusätzliche Steuern aus.

Die Behörden Hongkongs müßten überlegen, ob für Gegenmaßnahmen nicht höchste Zeit sei, d.h. ob die Position Hongkongs als Drehscheibe des internationalen Handels und der internationalen Finanzen nicht höher eingestuft werden sollte als die lokalen Interessen einiger Grundstücksbesitzer und Bürohausvermieter. Auch hier gehe es letztlich um die „Identität“ Hongkongs als einer Weltstadt.

Von solchen „Kleinigkeiten“ hänge übrigens auch die Attraktivität Hongkongs und seines künftigen Geschäftsklimas ab. -we-

35 Zur „Identität Hongkongs“: 2. Juristische Autonomie und ihre Grenzen

Zur Identität der SVZ dürfte mittlerweile auch ein Gerichtsentscheid des Obersten Gerichtshofs von Hongkong beigetragen haben, der am 29. Januar 1999 erging, und in dem es hieß, daß der Hongkonger Judikative das Recht zustehe, das Hongkonger „Grundgesetz“ (*jibenfa*) sowie Entscheide des chinesischen Volkskongresses aus eigener Befugnis auszulegen, soweit sie Hongkong betreffen.

Anlaß für das Urteil war eine Klage über das Niederlassungsrecht von Kindern, deren Eltern nicht beide in Hongkong wohnhaft sind. Die Frage war auf sanften Druck Beijings von der provisorischen Legislative Hongkongs bereits kurz nach der „Rückkehr“ Hongkongs auf restriktive Weise beschieden worden: Danach soll-

SVR Hongkong

34 Zur „Identität Hongkongs“: 1. Nachdenken über Weichenstellungen

Am 1. Juli 1997 war aus der Kronkolonie Hongkong die SVZ (Sonderverwaltungszone) Hongkong mit einem besonderen Autonomiestatus geworden.

Viele Fragen bleiben bis heute nach wie vor ungeklärt, z.B. die Schlüsselfrage, ob Hongkong eher zu einem Teil der benachbarten Provinz Guangdong

ten solche Kinder prinzipiell kein Niederlassungsrecht besitzen, da sonst die Gefahr bestehe, daß Hongkong, vor allem seine Schulen und seine sozialen Institutionen, von Zuwandererströmen aus der VR China überschwemmt würden.

Das Gericht hatte hier über eine heikle Kollisionsfrage zu entscheiden, für die es bisher noch keinen Präzedenzfall gab: Art. 158 des Hongkonger Grundgesetzes bestimmt nämlich, daß eine Rechtsfrage dann an den Ständigen Ausschuß des Nationalen Volkskongresses der VR China weiterzuweisen sei, falls die Angelegenheit in den Zuständigkeitsbereich der Volksrepublik fällt.

Das Gericht kam zu der Ansicht, daß Fragen des Niederlassungsrechts in Hongkong nicht in den Zuständigkeitsbereich der Volksrepublik, sondern in den der Hongkonger Autonomie falle, so daß für die Entscheidung ausschließlich das Oberste Gericht der SVZ zuständig sei (der Fall ist geschildert in SCMP, 7.1.99).

In dieser Eigenschaft aber erkläre das Oberste Gericht die vom Provisorischen Legislativrat erlassene Bestimmung für rechtswidrig, weil sie dem Prinzip der Autonomie Hongkongs widerspreche.

Mit dem Urteil wurde ein Präzedenzfall für zukünftige Regelungen geschaffen. Zugleich war es ein Ruffell für willfähige Gesetzgeber, denen zu verstehen gegeben wurde, daß sie mit dem Grundgesetz und dem Selbstbestimmungsrecht der SVZ nicht nach Belieben umspringen dürfe.

Das Gerichtsurteil wurde von der Hongkonger Öffentlichkeit einhellig begrüßt, da es die rechtliche Autonomie der SVZ weiter unterstreiche – und damit auch einen Beitrag zur „Identität“ Hongkongs liefere! -we-

36 Notwendigkeit einer radikalen Bildungsreform

Auf einem Forum zum Thema „Bildung im 21. Jahrhundert“, das von der Bildungsbehörde organisiert worden war, erklärte Tung Chee-hwa, dem Bildungswesen komme absoluter Vorrang bei der Gestaltung der Zukunft zu (SCMP, 26.1.99). Um ein besseres Hongkong aufzubauen, sei die Bildung von entscheidender Bedeutung. Er habe die Bildungsbehörde aufgefordert, eine umfangreiche Überprüfung aller Stufen des Bildungssystems von der Vorschul- bis zur Hochschulebene vorzunehmen mit

dem Ziel, die Qualität der Bildung anzuheben. Doch mit der Anhebung der Qualität – wie immer man diese mißt - ist es nicht getan. Vielmehr stehen die Hongkonger Bildungspolitiker vor grundlegenden Entscheidungen und Weichenstellungen. Mit einzelnen Reformen im Schulsystem ist die derzeitige Krise im Bildungswesen nicht zu überwinden, heißt es von seiten der Behörde. Vielmehr sei es erforderlich, die gesamte Bildungsreform zu überdenken und sich über die grundsätzlichen Ziele Klarheit zu verschaffen. Bevor auf diesem Gebiet kein Konsens in der Hongkonger Gesellschaft erreicht sei, hätten einzelne Reformen keinen Zweck. Man solle lieber mit den Reformen warten, bis man sich über die Prioritäten und Bildungsziele im klaren sei. Gegenwärtig herrsche eine Situation, in der man durch begonnene Reformen von hinten getrieben werde, aber den Weg voraus nicht sehe. (SCMP, 20.1.99)

Die zur Zeit in Hongkong diskutierten Bildungsprobleme, für die Reformen bereits eingeleitet wurden, reichen vom Streit um die Unterrichtssprache über die Verbesserung der Lehrerbildung bis zu Fragen der Zensuren und des Gebrauchs von Informationstechnologie. Dies alles sind jedoch Teilaspekte, die das Hauptproblem, um das es im Grundsatz geht, verdecken, nämlich die Frage nach den Bildungszielen und ob man eine Elitebildung oder eine breitere Allgemeinbildung anstrebt. Konkret wird um die seit gut drei Jahren ausprobierte Curriculumreform auf der Primarschulebene gestritten. Mit der Reform wurde ein zielgerichteter Lehrplan eingeführt, der Rücksicht auf die unterschiedlichen Begabungen der Kinder nimmt und es den Lehrern erlaubt, für die Kinder individuelle Lernziele zu setzen und sie individuell zu beurteilen. Die Reform war dazu gedacht, das vielkritisierte Lernen allein für Prüfungen zu überwinden. Mittlerweile wird die Reform allerdings weitgehend abgelehnt – von den Lehrern, weil die Reform sie arbeitsmäßig zu sehr belastet, von den Eltern, weil sie befürchten, daß die neue Lehrplangestaltung nicht den Anforderungen der Sekundarschulen mit ihren Prüfungen genügt, und allgemein, weil man auf Wettbewerb und Auswahl der Besten Wert legt. Insbesondere die Geschäftswelt zieht eine Elitebildung einer Allgemeinbildung vor, d.h. sie verlangt Hochschulabsolventen, die zweisprachig und hervorragend gebildet sind. (Vgl. SCMP, 19., 21. u. 26.1.99.)

Wie es scheint, wird jetzt erst einmal mit weiteren Reformen innegehalten und über die generelle Richtung nachgedacht. Teil dieses Prozesses ist die Bekanntgabe der Bildungsziele für das gesamte Schulwesen durch die Bildungsbehörde mit der Absicht, daß über diese Bildungsziele sechs Wochen lang in der Öffentlichkeit beraten wird. Danach will die Behörde sehen, wie diese Bildungsziele mit der Bildungspolitik in Einklang zu bringen sind.

Die Bildungsbehörde hat die Bildungsziele wie folgt umschrieben:

Vorschulerziehung:

- bei den Kindern Neugier und Interesse am Lernen wecken;
- den Kindern Freude machende Gruppenaktivitäten bieten;
- die Kinder risikofreudig und unternehmungslustig zu machen und sie in die Lage versetzen, mit Mißerfolgen fertigzuwerden.

Primar- und Sekundarschule:

- den Schülern die Möglichkeit zu Allround- und Sonderentwicklung geben;
- den Schülern ein bestimmtes Grundwissen und bestimmte Grundfähigkeiten vermitteln;
- den Schülern die Initiative beim Lernen lassen.

Hochschulen:

- den Studenten die Verpflichtung gegenüber Familie, Gesellschaft, Nation und Welt beizubringen;
- kritisches und kreatives Denkvermögen fördern;
- Führungsqualitäten entwickeln ebenso wie die Fähigkeit, in einer andersartigen Gesellschaft zu leben.

(SCMP, 23.1.99)

Es wird abzuwarten sein, ob diese Bildungsziele auf breite Zustimmung stoßen und wie sie die Hongkonger Bildungspolitik in bezug auf eine stärkere Gewichtung der Elite- oder Allgemeinbildung beeinflussen werden. -st-

37 Formalisierte Ausbildung für chinesische Medizin

In Hongkong sollen formale staatliche Examina für Praktiker der chinesischen Medizin eingeführt werden. Bislang ist es in ganz China so, daß Ärz-

te für chinesische Medizin ihre Heilkunst von einem erfahrenen Praktiker der chinesischen Heilkunde lernen, meist von ihrem Vater. Auch für Medikamente der chinesischen Pflanzenheilkunde sollen solide Standards und Vorschriften aufgestellt werden. Der Grund für diese Maßnahmen liegt in der Absicht der Hongkonger Regierung, Hongkong zu einem internationalen Zentrum für chinesische Medizin zu machen, und zwar sowohl hinsichtlich Behandlung und Forschung als auch hinsichtlich der Produktion und des Vertriebs chinesischer Medikamente. Dieses Ziel hatte Tung Chee-hwa im Oktober 1998 in seiner Regierungserklärung verkündet.

Konkret sind folgende Schritte vorgesehen:

- An der Chinesischen Universität Hongkong wird ab September 1999 ein Studiengang für traditionelle chinesische Medizin mit Staatsexamen eingeführt. Das Studium soll fünf Jahre dauern. Davon wird in den ersten drei Jahren eine akademische Ausbildung geboten, das vierte Jahr beinhaltet je zur Hälfte ein klinisches Semester in Guangzhou und in Hongkong, und im fünften Jahr werden die Examina abgelegt und müssen die Studenten selbständig in einer anerkannten Klinik arbeiten und 500 verschiedene Krankengeschichten aufnehmen.
- Die geschätzten 7.000 Praktiker für chinesische Medizin, die in Hongkong tätig sind, müssen sich registrieren lassen und eine Lizenz erwerben. Zu diesem Zweck müssen sie ein Examen ablegen und eine offizielle Anerkennung erlangen. Das Examen wird erlassen, wenn ein Mediziner bis zum 3. Januar 2000 zehn Jahre praktiziert und gewisse akademische Qualifikationen vorhanden sind oder wenn er 15 Jahre praktiziert hat.
- Auch für die rund 3.000 existierenden Medikamente der chinesischen Pflanzenheilkunde müssen Lizenzen eingeholt werden. Eine Reihe von ihnen soll rezeptpflichtig werden, und für bestimmte Medikamente, die beispielsweise Schwermetalle enthalten, sollen strengere Vorschriften erlassen werden.
- In der Gesundheitsbehörde wird ein Rat für chinesische Medizin (Chinese Medicine Coun-

cil) gegründet, der das Gesetz über chinesische Medizin, das im Februar 1999 dem Legislative Council vorgelegt wird, umsetzen wird.

Die strengeren Sicherheitskontrollen sind nach Ansicht der Gesundheitsbehörde erforderlich, um den internationalen Ruf der chinesischen Heilkunde zu verbessern und das Vertrauen in diese zu stärken. Dies sei eine Voraussetzung, um Hongkong zu einem internationalen Zentrum für chinesische Medizin zu machen. Bei den Praktikern der chinesischen Heilkunde stießen die Regierungspläne nicht nur auf Zustimmung. Viele von ihnen lehnen Prüfungen für sich ab, weil sie meinen, nach vielen Jahren der Praxis seien sie nicht mehr in der Lage, theoretische Prüfungen abzulegen. Viele sehen auch nicht ein, warum akademisch ausgebildete Ärzte besser sein sollten als diejenigen, die ihre Fähigkeiten bei einem angesehenen Arzt für chinesische Medizin gelernt haben. (Vgl. SCMP, 22.1.99 u. 27.1.99.)

Für Hongkong ist die Förderung der chinesischen Heilkunde vor allem aus wirtschaftlichen Gründen interessant. Insbesondere in der verstärkten Produktion und dem weltweiten Vertrieb chinesischer Medikamente scheint es einen Wirtschaftsfaktor zu sehen. -st-

Macau

38 Die 5. Plenartagung des Vorbereitungskomitees für die SVR Macau

Am 20. Dezember diesen Jahres geht die letzte Bastion einer europäischen Kolonialmacht in Asien an China zurück. Das am 5. Mai 1998 gebildete und dem NVK unterstehende Vorbereitungskomitee für die Sonderverwaltungsregion Macau (SVRM) hielt vom 15. bis 16. Januar in Beijing seine 5. Plenartagung ab. Auf ihr wurden drei Dokumente angenommen, die die Übergangszeit Macaus betreffen: „Methoden für die Wahl des ersten Regierungschefs (Chief Executive, *xingzheng zhangguan*) der SVR Macau der VR China“, „Meinungen zur Durchführung von Artikel 24, Absatz 2 des Grundgesetzes der SVR Macau der VR China“ (darin werden als „ständige Einwohner“ [permanent residents, *yongjiu jumin*] der SVRM „Chinese citizens who have ordinarily resided

in Macao for a continuous period of not less than seven years before or after the establishment of the Macao SAR and their children of Chinese nationality born outside Macao after they have become permanent residents“ definiert) sowie „Provisorische Methoden für den Gebrauch der Flagge und des Emblems der SVR Macau der VR China“. Ferner verkündete der stellvertretende Ministerpräsident und Vorsitzende des Vorbereitungskomitees Qian Qichen die sieben Grundprinzipien Chinas für die Beziehungen zwischen Macau und Taiwan nach 1999. (RMRB, 16./17.1.99)

In seiner Rede am Schluß der Plenartagung nannte Qian Qichen als Hauptaufgaben des Vorbereitungskomitees im Jahr der Rückgabe Macaus an China:

- Bildung des Komitees für die Wahl der ersten Regierung der SVRM;
- Organisierung der Wahl des ersten Regierungschefs der SVRM;
- Untersuchung und Spezifizierung der Zahl der wichtigen Beamtenposten der SVRM-Regierung und die Einsetzung entsprechender Regierungsorgane;
- Festlegung der Verfahren oder vorläufigen Verfahren für die Wahl des ersten gesetzgebenden Organs und des ersten Justizorgans der SVRM;
- Beendigung der Überprüfung der bestehenden Gesetze Macaus;
- Hilfe bei der Organisierung nicht-staatlicher Komitees für die Feiern im Dezember. (RMRB, 17.1.99)

Als Zeitplan für das Vorbereitungskomitee legte Qian Qichen fest: Ende Januar werden die Daten für die Registrierung der vorläufigen Kandidaten für das Wahlkomitee veröffentlicht. Der Registrierungsprozeß endet in der ersten Februarhälfte. Nach dem Frühlingsfest [16.-18. Februar] wird das Sekretariat des Vorbereitungskomitees die Namenslisten der vorläufigen Kandidaten zusammenstellen. Am 1. und 2. März hält das Vorbereitungskomitee seine 6. Plenartagung ab, um die Kandidaten für das Wahlkomitee zu nominieren. Auf der 7. Plenartagung, die Anfang April stattfindet, wird das Wahlkomitee formell gebildet. (Xinhua, 16.1.99, in SWB, 19.1.99) Dieses Gremium wählt dann den Regierungschef, so war es auf der 1. Tagung des VIII. NVK am 31. März 1993 bei der Verabschiedung des Grundgesetzes der SVRM beschlossen worden. In einem Sonderbeschluß hatte diese Tagung für die Wahl des ersten Regierungschefs die Zahl der Mitglieder des